



**Geschäftsführung  
Ausschuss Allgemeine Verwaltung  
und Rechtsfragen**

Ansprechpartner/in: Frau Meier

Telefon: (0221) 221-26102

Fax: (0221) 221-26565

E-Mail: kathryn.meier@stadt-koeln.de

Datum: 19.03.2009

## **Beschlussprotokoll**

über die **Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen** in der Wahlperiode 2004/2009 am Montag, dem 16.03.2009, 15:35 Uhr bis 18:15 Uhr, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

### **I. Öffentlicher Teil**

#### **7 Anträge**

##### **7.1 Verweis aus dem Rat: Beantwortung von Anfragen Antrag von Ratsmitglied Dr. Müser (Kölner Bürger Bündnis) AN/0151/2009**

**zurückgezogen**

##### **7.2 Jobsharing-Veranstaltung für den Kita-Bereich Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 12.03.2009 AN/0498/2009**

#### **Beschluss:**

In 2009 ist durch die Verwaltung eine Informationsveranstaltung rund um das Thema Job-Sharing für den Kita-Bereich durchzuführen, vergleichbar den entsprechenden Veranstaltungen für die Beschäftigten des mittleren, gehobenen und höheren Dienstes, die in den Jahren 2005 und 2006 durch das Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern organisiert wurden.

Im Anschluss an die Veranstaltung wird um Berichterstattung gebeten.

#### **Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich gegen die Fraktionen CDU und FDP zugestimmt

## **8 Platzvergaben**

### **8.1 Neumarkt**

**hier: Antrag der Firma TAS Emotional Marketing GmbH, Max-Keith Str.66 , 45136 Essen auf Durchführung einer Informationsveranstaltung vom 25.05.2009 bis zum 26.05.2009 (inklusive Auf- und Abbauzeiten) auf dem Neumarkt.  
0208/2009**

#### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, der Firma TAS Emotional Marketing GmbH, Max-Keith Str. 66. 45136 Essen den Neumarkt zur Durchführung einer Informationsveranstaltung vom 25.05.2009 bis zum 26.05.2009 (inklusive Auf- und Abbauzeiten) zur Verfügung zu stellen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

## **9 Allgemeine Vorlagen**

### **9.1 Bestellung einer Schriftführerin für die Sitzungen des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen 0726/2009**

#### **Beschluss:**

Für die Sitzungen des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen in der verbleibenden Wahlperiode 2004-2009 wird Frau Corinna Simons (10) als Schriftführerin benannt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

### **9.2 4. Satzung zur Änderung der Sondernutzungssatzung der Stadt Köln 5124/2008**

#### **Beschluss über den mündlichen Antrag der FDP-Fraktion:**

Für das Aufstellen von Tischen und Sitzgelegenheiten zu gewerblichen Zwecken wird ein Tarif in Höhe der 8-fachen Monatsgebühr erhoben.

#### **Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich gegen die Fraktionen CDU und FDP abgelehnt

#### **Beschluss über die Verwaltungsvorlage:**

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlusentwurfes:

Der Rat beschließt den Erlass der 4. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen –

Sondernutzungssatzung – in der dieser Beschlussvorlage als Anlage 1 beigefügten Fassung.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig bei Enthaltung der Fraktionen CDU und FDP zugestimmt

**9.3 Kölner Integrationskonzept - konzeptionelle Grundlagen und Handlungsempfehlungen  
0504/2009**

**Beschluss über den mündlichen Antrag der FDP-Fraktion:**

Der AVR verweist die Vorlage ohne Votum in den Rat.

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich gegen die Fraktionen CDU und FDP abgelehnt

**Beschluss über die Verwaltungsvorlage (in der Fassung des Integrationsrates):**

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussentwurfes:

Auf der Grundlage des Ratsbeschlusses vom 18.12.2008 nimmt der Rat der Stadt Köln das vorliegende konzeptionelle Grundlagenpapier zum Kölner Integrationskonzept als Arbeitsgrundlage für die strategische Zielausrichtung und Steuerungsgrundlage der Querschnittsaufgabe „Integration“ in Köln zur Kenntnis, um in der Stadt ein zuwanderungsfreundliches Klima zu schaffen, die Offenheit der Aufnahmegesellschaft und die Integrationsbereitschaft der Migrantinnen und Migranten zu fördern und für Einheimische und Zugewanderte eine gleichberechtigte Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen zu erreichen.

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung

1. das vorliegende konzeptionelle Grundlagenpapier fortzuentwickeln, eine fachliche Bewertung durch die Fachverwaltung vorzunehmen und es dem Rat als Gesamtkonzept zur abschließenden Beschlussfassung Ende 2009 vorzulegen.

Die Verwaltung wird hierzu beauftragt,

- die noch nicht bearbeiteten Querschnittsthemen „Frauen“, „Wohnen“, „Kultur“, „Bürgerschaftliches Engagement“, „Seniorinnen und Senioren“, „Menschen mit Behinderung“ und „Lesben, Schwule und Transgender“ in der bestehenden Projektstruktur zu erarbeiten.
- unter Beteiligung der an der Erarbeitung des Integrationskonzeptes beteiligten Akteure eine umfassende Priorisierung der Handlungsempfehlungen vorzunehmen
- die vorliegenden Empfehlungen mit Maßnahmen zu versehen sowie fehlende Ressourcen (Finanzmittel/Personal) zu benennen und den einzelnen Maßnahmen zuzuordnen.

2. verwaltungsintern auf der Grundlage vorhandener Ressourcen Arbeitsstrukturen zu schaffen, die die erforderlichen Weiterentwicklungen des Konzeptes sowie die Planung und Umsetzung von Maßnahmen sicherstellen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig bei Enthaltung der Fraktionen CDU und FDP zugestimmt

**9.4 Weiterführung des Aufgabenbereichs "jusch - jung und schwanger"  
Beratung und Begleitung beim Gesundheitsamt  
0630/2009**

**Beschluss:**

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlusssentwurfes:

Der Rat beschließt, zur Gewährleistung der Hilfen für gefährdete Neugeborene bzw. Säuglinge und ihrer sehr jungen Mütter bzw. Eltern durch den Aufgabenbereich „jusch – jung und schwanger“ – Beratung und Begleitung beim Gesundheitsamt, folgende befristete Planstellen über den bislang beschlossenen Zeitraum hinaus bis zum 31.12.2009 zur Besetzung freizugeben:

- a) 1,0 Hebamme/Geburtshelfer VGr. Kr 4/5/5a Fg. 4/20/9 BAT (E 7a TVöD)  
(bislang befristet bis zum 14.06.2009)  
sowie
- b) 1,0 Sozialarbeiter/in VGr. Vb/IVb/IVb+VG Fg. 10/17/17 BAT (E 9 TVöD).  
(bislang befristet bis zum 31.03.2009)

Bei Erstellung des Doppelhaushaltes 2008/2009 wurden die haushaltsmäßigen Auswirkungen bereits für das komplette Jahr 2009 berücksichtigt. Da sich jedoch die geplante Einnahme nicht realisieren lässt, verringert sich der Ertrag im Teilplan 0701 – Gesundheitsdienste, Teilplanzeile 2 – Zuwendungen- um 88.000 €.

Zur Refinanzierung wird die vakante bis zum 31.12.2010 befristete Planstelle PB 50028480, Fachärztin/Facharzt VGr. Ib/Ia Fg. 1/1 BAT (E 15 TVöD), Weiterentwicklung des sozialen Frühwarnsystems in Köln (Clearingstelle), bis zum 31.12.2009 nicht besetzt.“

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

**9.5 Einzelhandelskonzept Köln und Stabilisierung der Nahbereichszentren in den Stadtbezirken  
hier: Einrichtung einer Mehrstelle im Bereich Stadtentwicklung/Zentrenentwicklung und -förderung  
0104/2009**

**Beschluss:**

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlusssentwurfes:

1. Der Rat beschließt zum Stellenplan 2010 die Einrichtung einer vorerst bis zum 31.12.2012 befristeten Mehrstelle in der Wertigkeit EG 13 TVöD (bzw. Vgr. II BAT)

im Amt für Stadtentwicklung und Statistik zur Koordination der Umsetzung des Einzelhandelskonzeptes und zur Förderung der städtischen Zentren. Damit eine unterjährige Besetzung gewährleistet werden kann, soll bis zum Inkrafttreten des Stellenplans 2010 verwaltungsintern eine Stelle zur Verfügung gestellt werden.

2. Die Deckung des für 2009 anteilig zahlungswirksamen Mehraufwands in Höhe von insgesamt max. 54.933,00 € für acht Monate (Personalaufwendungen in Höhe von 46.267,00 € und Sachaufwendungen in Höhe von 8.666,00 €) erfolgt im Rahmen der echten Deckung über die im Finanzausschuss am 09.06.2008 bereitgestellten Mittel zur Stabilisierung der Nahversorgungszentren in den Stadtbezirken. Die Mittel sind im Teilergebnisplan 0901 – Stadtplanung und -entwicklung im Doppelhaushalt 2008/2009 sowie in der mittelfristigen Finanzplanung bis 2012 bei den Teilplanzeilen 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen) und 15 (Transferaufwendungen) jeweils in Höhe von 175.000,00 € (2009 ff) veranschlagt. Die Deckung erfolgt zu Lasten von Teilplanzeile 13 in Höhe von 28.000,00 € und zu Lasten von Teilplanzeile 15 in Höhe von 26.933,00 €.
3. Der Rat beschließt gleichzeitig die Freigabe der restlichen Mittel zur Stabilisierung der Nahversorgungszentren in Stadtbezirken zur Finanzierung von Maßnahmen zur „Zentrenstützung und Stärkung der Nahversorgung“.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

**9.6 Stellenfreigabe gem. Beschluss AVR vom 17.12.2008  
0531/2009**

**Beschluss:**

1. Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen erkennt auf der Grundlage des vorliegenden Ergebnisses der Stellenbemessung für den Bereich „Bearbeitung von pädagogischen Hilfen nach § 35a i.V.m. § 36 SGB VIII – Legasthenie- und Dyskalkulietherapie“ den Stellenbedarf im untersuchten Bereich an.
2. Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen hebt die von ihm in seiner Sitzung am 17.12.2008 verhängte Sperre über die 1,5 Stellen (vorgesehen zur Bearbeitung von pädagogischen Hilfen nach § 35a i.V.m. § 36 SGB VIII – Legasthenie- und Dyskalkulietherapie) auf.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

**9.7 Änderung der Zweitwohnungssteuersatzung  
0666/2009**

**Beschluss:**

Der AVR verweist die Vorlage ohne Votum in den Finanzausschuss.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

**9.8 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung:  
Lieferung von Unterflurcontainern  
0676/2009**

**Beschluss:**

Der AVR erkennt den Bedarf zur Beschaffung von ca. 20 Unterflurcontainern an und beauftragt die Verwaltung, ein Vergabeverfahren durchzuführen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

**9.9 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung:  
Anmietung von Sitzrasenmähern mit 300 cm Schnittbreite  
0517/2009**

**Beschluss**

Der AVR stellt den Bedarf zur Anmietung von fünf Sitzrasenmähern für die Schnittsaison 2009 fest.

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich gegen die FDP-Fraktion zugestimmt

**9.10 Zusätzliches Budget in Höhe von 500.000,- € für eine verstärkte Mitarbeiterqualifizierung  
0119/2009**

**Beschluss:**

1.) Der AVR nimmt die Verteilung des Gesamtbudgets für die gesamtstädtischen Qualifizierungsmaßnahmen aus 2008 zur Kenntnis.

2.) Der AVR stellt den Bedarf für die zusätzlichen Fortbildungsmaßnahmen in Höhe von 500.000,- € für 2009 fest und gibt das Gesamtbudget für Qualifizierungsmaßnahmen in Höhe von 740.000,- € frei.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

**9.11 Unterstützung der Kölner Schulen durch die Stadt (Schulträger)  
hier: Einleitung eines Veränderungsprozesses  
0514/2009**

**Beschluss:**

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlusentwurfes:

1. Der Rat beschließt die Einleitung eines umfassenden Veränderungsprozesses im Bereich der Schulunterstützung durch den Schulträger.
2. Der Rat stellt den Bedarf für die mit der Einleitung eines Veränderungsprozesses im Bereich der Schulen verbundene Vergabe an einen externen Berater für die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von insgesamt zwei Großgrup-

penkonferenzen fest und beauftragt die Verwaltung, das entsprechende Vergabeverfahren einzuleiten. Der Rat verzichtet auf den Vergabevorbehalt.  
Die gem. „Eckpunktepapier des Bundesrechnungshofes für den wirtschaftlichen Einsatz externer Berater“ im Vorfeld erforderlichen Prüfungen hinsichtlich Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit des Beratereinsatzes sind erfolgt und in der **Anlage 1** beschrieben.

3. Der Rat beschließt die Finanzierung der Gesamtkosten der geplanten Maßnahme in Höhe von 196.000 € (Kostenkalkulation s. **Anlage 2**) aus dem Teilergebnisplan 0301 „Schulträgeraufgaben“, Teilplanzeile 13 „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

**9.12 Einrichtung von 13 befristeten Mehrstellen für die bauliche Umsetzung der Ganztagsoffensive  
0670/2009**

**Beschluss:**

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlusssentwurfes:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Einrichtung von 11 Stellen TA, VGr. IVa/III + TZ BAT (EGr. 11 TVöD), 1 Stelle TA, VGr. III/II + TZ BAT (EGr. 12 TVöD) und 1 Stelle VA, VGr. Vc/Vb BAT (EGr. 9 TVöD) für die bauliche Umsetzung des Ganztagsbetriebes an Gymnasien und Realschulen bei der Gebäudewirtschaft (GW) zum Stellenplan 2010. Die Stellen werden bis zum 31.12.2015 befristet.

Um die Stellen kurzfristig besetzen zu können, werden bis zum Inkrafttreten des Stellenplans 2010 verwaltungsintern Verrechnungsstellen zur Verfügung gestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

vorbehaltlich der Zustimmung des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft einstimmig zugestimmt

**9.13 Konjunkturprogramm II, Beschleunigung von Verfahren  
0872/2009**

**Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis  
90/Die Grünen vom 16.03.2009**

**Beschluss über den Änderungsantrag:**

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung soll in Ziffer 2 wie folgt ergänzt werden:

a) Die Ergebnisse des Vergabeverfahrens nach VOB für freihändige Vergaben bis 100.000 Euro und für beschränkte Ausschreibungen bis 1.000.000 Euro sind dem jeweiligen Fachausschuss und dem Finanzausschuss zeitnah listenmäßig mitzuteilen. Die tabellarische Auflistung je Vergabe soll jeweils alle am Verfahren beteiligten Firmen mit ihren Geboten aufführen.

Die Mitteilungen sollen aus Datenschutzgründen im nicht-öffentlichen Teil erfolgen.

Die Verwaltung soll halbjährlich einen Erfahrungsbericht in Hinsicht auf die Verfahrensbeschleunigung und Veränderung der Wertgrenzen vorlegen.

b) Die Verwaltung wird zudem beauftragt, das Verfahren zur Überprüfung der Wirtschaftlichkeit der Vergaben (Beschluss des AVR vom 04.12.2006) unter Berücksichtigung der neuen Wertgrenzen weiterzuentwickeln. Dieses soll auch die Möglichkeit beinhalten, Vergaben, die aufgrund dieses Beschlusses nach beschränkter Ausschreibung oder freihändig erfolgen können, durch eine öffentliche bzw. beschränkte Ausschreibung durchzuführen und deren Ergebnisse mit den Ergebnissen der üblichen Vergaben zu vergleichen.

Ein entsprechender Erfahrungsbericht ist den Fachausschüssen spätestens Anfang 2011 vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig zugestimmt

**Beschluss über die Verwaltungsvorlage (unter Berücksichtigung des Änderungsantrages):**

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussesentwurfes:

1. Zur Beschleunigung des kommunalen Vergabeverfahrens beschließt der Rat der Stadt Köln die folgenden, befristet bis zum 31.12.2010 geltenden angehobenen Vergabeschwellenwerte für die Vergabe von Bauleistungen nach VOB (Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen). Dabei wird unter Berücksichtigung der Stellungnahme des Rechnungsprüfungsamtes vom 02.03.2009 (siehe Anlage 1) das Zentrale Vergabeamt einbezogen, um Korruptionsprävention sicherzustellen.

Für Vergaben im Bereich der VOB gelten die folgenden Grenzen (jeweils zuzüglich der geltenden MWSt.)

- |  |                                    |
|--|------------------------------------|
| a) Freihändige Vergabe                       | bis 100.000 €                      |
| dabei Beteiligung des Zentralen Vergabeamtes | ab 30.000 €                        |
| b) Beschränkte Ausschreibung                 | bis 1.000.000 €                    |
| c) Öffentliche Ausschreibung                 | bis zum aktuellen EU-Schwellenwert |

Aufträge sind - unabhängig von der Vergabeart - auch unterhalb der Veröffentlichungsgrenzen des RdErl. des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Energie ua. vom 03.02.2009 (Beschleunigung von Investitionen durch Vereinfachungen im Vergabeverfahren, AZ 121-80-20/02) im Internet zu veröffentlichen.

2. Zur Kompensation der erhöhten Schwellenwerte ist sicherzustellen, dass die politischen Gremien stets zeitnah unterrichtet werden (vgl. **Ziff. 3** des Ratsbe-



schlusses vom 10.02.09, TOP 2.1.5, siehe unten unter Problemstellung) und zwar der Finanzausschuss über alle Maßnahmen aus dem Konjunkturprogramm II, alle übrigen Fachausschüsse und Bezirksvertretungen im Rahmen ihrer unveränderten Zuständigkeit. Parallel erhält der Rechnungsprüfungsausschuss alle Mitteilungen zu umfassenden Kenntnis.

Die Verwaltung wird beauftragt, das Berichtswesen zu entwickeln.

a) Die Ergebnisse des Vergabeverfahrens nach VOB für freihändige Vergaben bis 100.000 Euro und für beschränkte Ausschreibungen bis 1.000.000 Euro sind dem jeweiligen Fachausschuss und dem Finanzausschuss zeitnah listenmäßig mitzuteilen.

Die tabellarische Auflistung je Vergabe soll jeweils alle am Verfahren beteiligten Firmen mit ihren Geboten auführen.

Die Mitteilungen sollen aus Datenschutzgründen im nicht-öffentlichen Teil erfolgen.

Die Verwaltung soll halbjährlich einen Erfahrungsbericht in Hinsicht auf die Verfahrensbeschleunigung und Veränderung der Wertgrenzen vorlegen.

b) Die Verwaltung wird zudem beauftragt, das Verfahren zur Überprüfung der Wirtschaftlichkeit der Vergaben (Beschluss des AVR vom 04.12.2006) unter Berücksichtigung der neuen Wertgrenzen weiterzuentwickeln. Dieses soll auch die Möglichkeit beinhalten, Vergaben, die aufgrund dieses Beschlusses nach beschränkter Ausschreibung oder freihändig erfolgen können, durch eine öffentliche bzw. beschränkte Ausschreibung durchzuführen und deren Ergebnisse mit den Ergebnissen der üblichen Vergaben zu vergleichen.

Ein entsprechender Erfahrungsbericht ist den Fachausschüssen spätestens Anfang 2011 vorzulegen.

3. In beschlussgemäßer Umsetzung der **Ziffer 4** des Ratsbeschlusses vom 10.02.09, TOP 2.1.5 (Übertragung der Federführung bei der Umsetzung des Konjunkturpaketes II auf den Finanzausschuss zur Beschleunigung der politischen Entscheidungsprozesse, siehe unten unter Problemstellung) legt die Verwaltung eine separate Vorlage vor (siehe Vorlage 0281/2009).

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

**9.14 Bedarfsprüfung, Einleitung eines Vergabeverfahrens und Abschluss eines Rahmenvertrages über die Abwicklung der Fortsetzungsverwaltung für die StadtBibliothek Köln und andere städtische Dienststellen für die Zeit vom August 2009 bis 31.07.2011 zzgl. einjähriger Verlängerungsoption  
0550/2009**

**Beschluss:**

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlusentwurfes:

Die Verwaltung wird ermächtigt, zum Zweck des Abschlusses eines Rahmenvertrages über die Abwicklung der Fortsetzungsverwaltung für die StadtBibliothek Köln und andere städtische Dienststellen eine europaweite Ausschreibung durchzuführen.

Der Rat verzichtet auf die Erteilung eines Vergabevorbehaltes.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

**9.15 IT- Anwendung zur Betriebssteuerung für alle Betriebsbereiche des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen  
0799/2009**

**Beschluss:**

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen stellt den Bedarf zur Beschaffung einer IT-Anwendung zur Betriebssteuerung für alle Betriebsbereiche des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen fest.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt